

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur**

Band (Jahr): **9 (1929-1930)**

Heft 7

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Betrachtung der Ahnenzeit nicht Wonnen der Beschaulichkeit, sondern Kraft und Schwung zur Eigentat zu holen, zur Wiederbelebung und immer neuen Verwirklichung des ursprünglichen Staatsgedankens, dem Dichtervort willfährig: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen.“

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

England und Genf. — Kleinstaatliche Kurzsichtigkeit. — Die Sozialdemokratie sieht richtiger. — Pan-Europa.

Die eben zu Ende gehende zehnte Völkerbundsversammlung war wieder ein guter Gradmesser der derzeitigen europäischen und außereuropäischen Machtverhältnisse. Zum ersten Mal seit Bestehen des Völkerbundes ist England darauf zum Angriff vorgegangen. Bisher stand es nur in der Verteidigung. Denn als Mac Donald sich vor fünf Jahren für das Beneš- oder Genfer-Protokoll begeisterte, befand er sich damit im Schlepptau Frankreichs. Heute liegen die Dinge anders. Das wirtschaftlich wieder erstarkte Deutschland kann wenigstens teilweise als Gegenspieler gegen Frankreich in Rechnung gestellt werden. Vor allem aber findet die seit einigen Monaten am Ruder befindliche Arbeiterregierung die Unterstützung Amerikas — oder glaubt sie wenigstens zu finden. Das wußte England, nachdem ihm in Versailles die Zügel aus den Händen geglitten waren, von vornherein, daß es die Verhältnisse auf dem europäischen Festland allein nicht zu meistern vermöge. Schon im Jahre 1921 zeichnete der englische Botschafter in Berlin, D'Abnorn, in sein Tagebuch den Satz auf: „Ich bin der Ansicht, daß man Frankreich nur durch ein Zusammenarbeiten zwischen England und Amerika zu zügeln vermag.“ Einem näheren Zusammengehen beider Mächte stand indessen stets die starke Bindung Englands an Frankreich im Wege. Das amerikanische Geld, das um der Anlagemöglichkeiten willen, die ihm die europäischen Kapitalmärkte bieten, sich wieder für die europäische Politik zu interessieren begann, wollte keiner politischen Parteiung daselbst dienen. Im Gegenteil, sichere Anlage gewährten ihm nur sichere Verhältnisse. Darum sein Bestreben, ausgleichend und vermittelnd auf die Gegensätze innerhalb der europäischen Staatenwelt zu wirken.

Die Arbeiterregierung versucht jetzt das Steuer der englischen Nachkriegspolitik endgültig herumzureißen. Schon aus Selbsterhaltung. Sie muß zeigen, daß sie mehr kann als ihre konservativen Vorgängerinnen und der Not der englischen Volkswirtschaft mit ihrer dauernden riesigen Arbeitslosigkeit wirklich abhelfen. Darum die Entschlossenheit, die Abhängigkeit von Frankreich zu lösen. Selbst wieder in der überlieferten Rolle des bloßen Schiedsrichters und Vermittlers Europa gegenüber glaubt es die Grundlage für ein enges Zusammengehen mit Amerika geschaffen zu haben.

In Genf ist diese neue Einstellung mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen. Der Versuch, den Kellog-Pakt in den Völkerbundsvertrag einzubauen, hat keinen andern Zweck, als den Völkerbund aus dem engen Zusammenhang herauszuheben, in den seine Art. 12, 15 und 16 ihn mit dem französischen Bündnis- und Sicherheitssystem bringen. Nach Streichung dieser Artikel hätte er gerade nur noch so viel Inhalt, als es den beiden angelsächsischen Weltreichen paßt. Sie haben sich beide durch Unterzeichnung des Kellog-Paktes verpflichtet, den Krieg nicht als Mittel nationaler Politik zu benutzen, mit Ausnahme, wenn es sich um Geschwänze innerhalb ihrer eigenen Reiche handelt. Aber auch der Vorstoß in der Abrüstungsfrage auf dem Hintergrund der englisch-amerikanischen

Flottenvereinbarung soll dazu dienen, das Rüstungssystem Frankreichs und seiner Verbündeten zu treffen und Europa so der englischen Vermittlung und dem englischen Handel zugänglicher zu machen.

Was für ein Erfolg war England in Genf beschieden? Gar keiner. Es ist eben etwas anderes, während zehn Jahren zu verhindern, daß der Völkerbund zum Werkzeug der französischen Vormachtspolitik wird, als nun auf einmal diesen Völkerbund zum Angriff auf die Stellungen dieser Politik verwenden wollen. Der Völkerbund ist an sich schon mit seinen vierundfünfzig Mitgliedstaaten aus aller Welt viel zu schwerfällig, um zu praktischer Politik verwendet werden zu können. Schon aus diesem Grunde mußten notwendigerweise alle politischen Entscheidungen der letzten zehn Jahre außerhalb seines Rahmens fallen. Dann aber ist er seinem Ursprung und seiner bisherigen Praxis nach eben unlöslich mit Versailles und seiner Macht- und Gebietsordnung verknüpft. Darum will ja auch Amerika und die amerikanische Großfinanz nichts von ihm wissen. Und wenn England nun mit seinem Vorstoß zugunsten des Kellogg-Paktes ihn „amerikanisieren“, und damit den bisher außerhalb befindlichen Weltmächten Amerika und Rußland den Zugang zu ihm öffnen möchte, so stößt es auf den unüberwindlichen Widerstand aller derjenigen Mitgliedstaaten, die ihr Interesse irgendwie durch ihn gewahrt oder gefördert sehen oder zu sehen glauben. Unterstützung hat England in Genf fast nur von Seite der Besiegten des Weltkrieges gefunden. Selbst die Gruppe der neutralen Kleinstaaten stand zumeist auf der andern Seite. Dieser letztere Punkt ist es, der der Untersuchung und Klarlegung bedarf.

* * *

Diese Stellungnahme gegen England ist bei uns weniger in der Haltung der offiziellen Vertretung der Schweiz in Genf zum Ausdruck gekommen als in der führenden Tagespresse der Regierungsparteien. Schon das Vorgehen des englischen Schatzkanzlers auf der Haager Konferenz wurde hier kritisch und ablehnend kommentiert. Nun gar die englische Offensive im Völkerbund. Sie stelle eine eigentliche Gefährdung der internationalen Völkerverständigung und des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas dar und führe anstatt zu einem Fortschritt nur zu einem Rückschritt der Abrüstung. Wie hat man sich eine solche Stellungnahme zu erklären? Die neutralen Kleinstaaten erfuhren die Gebrechlichkeit ihres Daseins während des Weltkrieges am eigenen Leibe. Nun glauben sie mit einem Frieden um jeden Preis immer noch besser dran zu sein als wenn es zu neuen europäischen Auseinandersetzungen selbst nichtkriegerischer Art kommen würde, bei denen sie wenig zu gewinnen, aber vielleicht mancherlei zu verlieren hätten. Dazu kommt die Macht der Gewohnheit. Gerade Kleinstaaten und Kleinstaatsbürger, denen es am Zusammenhang mit den treibenden Kräften des politischen Weltgeschehens fehlt, erliegen leicht der Gefahr, die politischen Schlagworte für die Sache selbst zu nehmen, der sie dienen, und sich entsprechend noch an die Schlagworte zu klammern, auch wenn diese längst ihren Inhalt verloren haben. Nachdem nun einmal während zehn Jahren lang der Völkerbund als der einzige Weg zu Frieden, Abrüstung und wirtschaftlichem Wiederaufbau gepriesen und geglaubt worden ist, kann man im Vorgehen der englischen Arbeiterregierung, die in frischem Zupacken die ganze Grundlage der bisherigen europäischen Politik umzustellen sucht, nichts anderes als eine Störung von all dem erblicken, was man bisher als Arbeit für den Frieden betrachtet hatte.

Darin liegt ja die Gefahr des Völkerbundes. Dieser ist all denen, die gar nicht im Ernst an eine Förderung des Friedens, sondern lediglich daran denken, ihre ungestörte Ruhe zu haben, eine bequeme Gewissensbeschwichtigung. Sie arbeiten doch am Völkerbund, folglich am Frieden mit. In Wirklichkeit frönen sie nur ihrer allereigensten Selbstsucht und machen Front gegen alles, was einer Änderung des Bestehenden ruft, und wenn es noch so dringlich und notwendig wäre, um unhaltbaren Verhältnissen ein Ende zu bereiten. Hierin ist der Grund zu erblicken, warum Frankreich bei der Ablehnung jeder ernsthaften Revision der Versailler Ordnung einschließlich des Völkerbundes nicht nur die unmittelbar an dieser Ordnung interessierten Verbündeten im Osten und Südosten Europas auf seiner Seite findet, sondern auch eine stattliche Schar sonstiger Mitläufer.

Wer heute in Europa einen dem eigenen, und nicht fremdem Willen entsprechenden Rüstungsbestand besitzt, will daran nichts ändern. Daher lehnt er den jüngsten Vorstoß Englands in der Abrüstungsfrage entschieden ab und tritt für das Abrüstungsverfahren des Völkerbundes ein, das nämlich nichts anderes beabsichtigt, als alles beim Alten zu lassen unter gleichzeitiger Beschwichtigung des Gewissens (man trägt doch sein Teil bei zur Abrüstung, wenn man an den vielen der Abrüstung gewidmeten Verhandlungen des Völkerbundes teilnimmt). Daß, wenn man selbst von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des eigenen Rüstungsstandes überzeugt ist, man jedem andern Staat auch einen entsprechenden Rüstungsstand, also den gewaltjam abgerüsteten Staaten eine Aufrüstung, zuzubilligen und in diesem Sinne in Genf auftreten müßte, legt man sich nicht Rechenschaft ab, denn man ist ja auf Abrüstung eingestellt, wie man es durch die Teilnahme an der Abrüstungsarbeit des Völkerbundes bekundet. Oder wenn England das unklare und zweideutige Sicherungssystem des Völkerbundes, durch das die neutralen Kleinstaaten an das militärische Bündnisystem Frankreichs gefettet werden, auszumerzen sucht, so stößt es wiederum nicht nur auf den Widerstand Frankreichs und seiner Verbündeten, sondern auch der neutralen Kleinstaaten. Wie die Schweiz im Widerspruch zu ihrer erklärten Neutralitätspolitik seinerzeit offiziell das den französischen Sicherheitsgedanken verkörpernde Genfer Protokoll begrüßte, so sieht man heute auch die führende Regierungspresse wieder vorbehaltlos für die militärische Sicherheitsforderung der europäischen Vormacht eintreten. So sehr fühlt man sich nun einmal bereits mit der bestehenden Ordnung in Europa solidarisch. In der Balkanisierung Mitteleuropas, die diese geschaffen, erblickt man eine Stärkung der eigenen Kleinstaatlichkeit. Und da der Völkerbund den Fortbestand dieser Ordnung gewährleistet, erscheint er, und mit ihm Frankreich, einem als ein Beschützer der Kleinstaaten. Daß diese Balkanisierung nicht aus Vorliebe für das Kleinstaatswesen geschaffen wurde, sondern lediglich, um das Großmachtdasein einer einzigen, alles beherrschenden wollenen Großmacht zu fördern, spielt in diesen Überlegungen keine Rolle.

Nirgends kommt diese kleinstaatliche Selbstsucht deutlicher zum Ausdruck, als wenn nun nicht nur das englische Vorgehen, sondern auch Briands Gegenzug dagegen — seine Anregung eines Zusammenschlusses der europäischen Staatenwelt — abgelehnt wird. Man will Europa weder von außen noch von innen wiederaufgebaut sehen, man will seine kleinstaatliche Ruhe und sonst nichts. Und da diese einem am ersten durch den praktisch weder zu Aufbau- noch zu Abbau-Arbeit fähigen, und mithin zur Verhinderung jeder Änderung wie gemachten Völkerbund gewährleistet erscheint, verwirft man „Pan-Europa“ als eine Schädigung des Völkerbundes. Gewiß ist ja eins richtig: das Dasein der Schweiz galt bisher als am sichersten gegründet auf der Rivalität der europäischen Großmächte. Wie aber, wenn sich im Gefolge des Weltkrieges das Kräfteverhältnis zwischen der europäischen Staatenwelt und anderen Machtgruppen, insbesondere zu den beiden angelsächsischen Weltreichen, entscheidend geändert haben sollte? Muß da nicht vielleicht auch der europäische Kleinstaat so etwas wie ein europäisches Gewissen, eine europäische Verantwortlichkeit in sich wach werden lassen? Der europäische Kantönligeist kann vielleicht manchem einzelnen europäischen „Kanton“ noch für längere Zeit ein geruhames, ungestörtes Dasein gewährleisten. Wenn das Ganze allmählich gegenüber andern Kontinenten oder Weltreichen ins Hintertreffen gerät, oder eines Tages ganz zusammenbricht dann gehört jeder Einzelne mit zu den Leidtragenden. Solchen Gesichtspunkten dürfen wir uns heute nicht mehr verschließen. Auch wenn es uns gegenwärtig reichlich gut geht. Die Welt ist an allen Ecken und Enden im Umbau begriffen. Man denke an die noch unübersehbaren Entwicklungen in Asien. Wer zeitig zum Rechten sieht, hat die Zukunft für sich. Tragen wir Sorge, wenigstens nicht zum ausgesprochenen Hemmschuh künftiger europäischer Entwicklungen zu werden.

* * *

Die gekennzeichnete Stellungnahme gegen das englische Vorgehen in Genf ist in der Schweiz durchaus nicht etwa einhellig. Hätten die breiten Volksschichten die Möglichkeit, ihre Meinung zu bekunden, dann lähe diese wohl wesentlich anders

aus, als sie jetzt in den großen Organen der Regierungsparteien steht. Eine einheitliche Linie verrät indessen in diesem Lager nur die sozialistische Presse. Von ihr ist die Haltung der englischen Arbeiterregierung von Anfang an begrüßt und gutgeheißen worden. Einmal sicherlich, weil es die Haltung einer Arbeiterregierung war. Aber nicht nur deswegen. Sie sah im Vorgehen Mac Donalds, Henderjons und Snowdens auch den Kampf gegen Frankreichs Vormacht, bei deren ungeschmälerter Weiterdauer eine Lösung der internationalen Fragen unmöglich wäre. Getäuscht hat sie sich nur, wenn sie darin eine grundsätzliche Bekämpfung des französischen — und italienischen — „Militarismus“ sah. England — und Amerika — denken nicht daran, auf ihre eigene Wehrhaftigkeit zu verzichten. Sie werden diese immer auf einem Stand halten, der ihnen jederzeit gestattet, die Interessen ihrer Weltreiche mit Waffengewalt zu verteidigen. Wenn sie dagegen für die Rüstungsbeschränkung der europäischen Staaten eintreten, dann einmal, — das gilt für England —, um sich die französische Drohung vom Leibe zu halten, und zweitens, um Europa zu „pazifizieren“. Europa soll sich nicht mehr mit kriegerischen Dingen beschäftigen, durch die nur das amerikanische Geld und das englische Geschäft geschädigt würden. Die europäische Arbeiterschaft wird sich einmal noch vor die Frage gestellt sehen, wie weit es sich mit ihren Interessen verträgt, Europa der militärischen Vormundschaft der Angelfachsen auszuliefern. Soweit sind wir aber noch nicht. Vorerst ist das englisch-amerikanische Vorgehen in der Abrüstungsfrage geeignet, die europäischen Gegensätze zu mildern und die Revision einer ausschließlich auf der Herrschaft der Bajonette beruhenden Ordnung zu ermöglichen. In gleichem Sinne wirkte letzten Endes die Haltung Englands im Haag.

Nun wird allerdings beispielsweise von deutscher sozialdemokratischer Seite darauf hingewiesen, daß der Young-Plan einen Angriff der Angelfachsen auf den europäischen Kontinent bedeute und die angelsächsische Hilfe und Freundschaft ein Phantom sei; die vorgesehene Aufhebung der deutschen Sachleistungen stelle einen Schlag gegen die deutsche Konkurrenz dar und Deutschland werde nur deswegen zur Annahme einer solchen Politik gezwungen, weil seine politisch herrschende Schicht nicht an den vereinigten europäischen Kontinent zu glauben wage. Um eine Hilfe aus Menschenliebe oder Freundschaft handelt es sich sicherlich bei der jüngsten Haltung der englischen Arbeiterregierung nicht. Wie nüchtern und englisch man in englischen Arbeiterkreisen denkt, kommt so recht deutlich zum Ausdruck in den Ausführungen, die vom Vorsitzenden des 6. Kongresses der englischen Gewerkschaften, Ben Tilletz, kürzlich gemacht worden sind: „Wir müssen uns organisieren wie Amerika sich organisiert. . . Die Gewerkschaften sollten mit gespanntester Aufmerksamkeit den Vorschlägen folgen, die man macht, um das britische Weltreich zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammenzuschließen. . . Das kann geschehen ohne Wirtschaftskrieg mit Europa oder Amerika und nicht zum Nachteil, sondern zum Vorteil unserer Arbeitergenossen im englischen Imperium.“ Trotzdem, wenn England, in seinem eigensten Interesse, mit seinem Vorgehen Frankreichs Vormachtstellung schwächt, so liegt das im allgemeineuropäischen Interesse. Festlandeuropa wird unter der Versailler Ordnung mit ihren vielen Zollgrenzen und der entsprechenden Verteuerung der Produktion und Schwächung des inneren Marktes den wirtschaftlichen Wettbewerb mit den geschlossenen außereuropäischen Wirtschaftsgebieten auf die Dauer nicht aushalten. An eine Änderung der Versailler Ordnung ist aber nicht eher zu denken, als Frankreichs Vormacht gebrochen und — unter dem Einfluß der englisch-amerikanischen Vermittlung — ein vernünftiger Ausgleich der politischen Kräfte stattgefunden hat. Die Unterstützung, die unsere sozialdemokratische Presse dem englischen Vorgehen hat zuteil werden lassen, beruht daher wieder einmal auf einer viel weitfertigeren und richtigeren Einschätzung der Lage als die gegenteilige Haltung unserer führenden Regierungspresse. Selbst wenn im einzelnen noch so viel parteigebundene Überlegung mitgewirkt haben mag. Die sozialdemokratische Haltung entsprach in diesem Falle nicht nur einem Partei-, sondern einem gesamtschweizerischen und europäischen Interesse.

Briands Bekenntnis zu Pan-Europa war das Eingeständnis, daß Versailles Europa um 50 Jahre zurückgeworfen, ja es vor die Gefahr gestellt hat, endgültig um seine Weltgeltung zu kommen. Die Staaten Europas sollen sich zusammenschließen, weil sie sonst unter die finanzielle, industrielle und militärische Vormundschaft der angelsächsischen Weltreiche geraten. Sie sollen die Zollgrenzen zwischen sich aufheben, um den verderblichen Folgen der willkürlichen wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Zerstückelung, die Versailles an ihnen vorgenommen hat, zu entgehen, oder wie Stresemann sich in Genf ausdrückte, um „das Kleinrämergeschäft, das wir in Europa innerhalb der gesamten Weltwirtschaft noch führen dürfen“, aufzuheben. Briands Pan-Europa bedeutet aber auch eine Absage an den Völkerbund. „Ich verhehle mir nicht — lauteten seine Worte in Genf —, daß das Problem etwas außerhalb des Rahmens des Völkerbundes liegt.“ Das heißt, der Völkerbund ist nicht das Organ, das Europa die dringliche Rettung bringen kann. Nicht vergebens haben unsere schweizerischen Völkerbundsfreunde Briand diesen Vorstoß so verübelt. Und trotzdem wird vorerst davon nicht viel mehr übrig bleiben als gewöhnlich von einer Seifenblase übrig bleibt. Es sind noch zu viele Vorbedingungen nicht erfüllt, als daß den Worten schon Taten folgen könnten.

Versailles war der Abschluß eines Krieges, der Europa aus einem ungenügend gewordenen Zustand herausführen sollte. Weder der Krieg noch die auf ihn folgende Neuordnung haben dieses Ziel erreicht. Was heute besteht, ist noch ungenügender als der Zustand vorher. Das dürfte selbst von den sogenannten Siegern unter den europäischen Staaten nicht bestritten werden. Denn auch sie sind nur sogenannte Sieger. Auch sie gehören mit zu den Leidtragenden. Und doch muß und darf man in den Ergebnissen des Weltkrieges auch eine fruchtbare Seite sehen. Und wenn es nur die wäre, daß er das erstarrte Erdreich gelockert und so erst die Möglichkeit zu neuer Gestaltung geschaffen hat. Durch ihn haben die europäischen Völker aber auch gemeinsame Not kennen gelernt. Und diese Not vermag sie vielleicht am ehesten die Gemeinsamkeit ihres Schicksals erkennen lehren. Der Weltkrieg ist von der einen Partei unter dem Stichwort der Selbstbestimmung der Völker durchgefochten worden. Auch dieses Ziel hat er nicht erreicht. Aber die Forderung der Selbstbestimmung wird nie mehr aus den Herzen der europäischen Völker verschwinden. Und solange Briands Pan-Europa nicht diese Forderung und ihre Geltung an erster Stelle erhebt und gewährleistet, solange wird dieser Pan-Europa-Plan nur als eine andere Form des begrabenen Genfer Protokolls erscheinen.

Eine aufbauende, einigende Kraft liegt der Selbstbestimmung allerdings nur dort zu Grunde, wo in getrennten Staaten lebende Volksteile die Vereinigung erstreben. Sonst ist sie bloße Voraussetzung, nicht selbst Beweggrund zu einem europäischen Zusammenschluß. Darum braucht Europa noch andere einigende Kräfte. Man sieht eine solche in der geographischen Einheit des europäischen Festlandes. Der Raumbegriff hat neben den Begriff der Nationalität zu treten, über ihn hinaus zu führen. Diese räumliche Einheit wird sich aber nur in zusammenschließendem Sinne äußern können, wenn ihre natürlichen Verkehrssysteme und Verbindungslinien nicht zum Zweck der Aufrechterhaltung übertriebener politischer Machtansprüche gewaltsam zerstört und willkürlich unterbunden werden. Die Schweiz hat es in der Frage der freien Rheinschifffahrt und der Genfer Zonen erlebt, was es heißt, gegen derartige Absichten anzukämpfen. Solange noch solche bestehen, soll man nicht von einer Vereinigung der europäischen Staatenwelt reden, denn bevor nicht diese verkehrsverbindenden Kräfte sich über lange Zeit und große Räume haben auswirken und so Vorarbeit leisten können, wird jede Vereinigung unmöglich, oder dann willkürlich und gewaltsam sein. Was sich zusammenschließen will, muß zuerst organisch zusammengewachsen sein.

Was für die europäischen Verkehrssysteme und Verbindungslinien gilt, gilt genau so für die europäische Wirtschaft. Wie sollen die Volkswirtschaften der europäischen Staatenwelt sich ihres gemeinsamen Schicksals und des Aufeinanderangewiesenseins bewußt werden, wenn ein derartiger Wirtschaftsegoismus sie gegeneinander abschließt, wie das vielerorts heute der Fall ist. Die Schweiz

wird da die Erfahrungen, die sie in den letzten Jahren u. a. gerade mit Frankreichs Handelsegoismus gemacht hat, nicht so schnell vergessen. Wer solche Gedanken, wie die des Zollabbaus innerhalb der europäischen Staatenwelt in die Diskussion wirft, muß selbst mit dem guten Beispiel vorangehen. Sonst läuft sein Vorschlag Gefahr, für etwas gehalten zu werden, was nationalen Sonderzwecken und nicht einem allgemein europäischen Interesse dienen soll.

Weder Aufeinanderangewiesensein des Verkehrs noch der Wirtschaft wird aber jemals so zu binden vermögen, wie es gleiche innerstaatliche Entwicklung, gemeinsames politisches Erleben vermag. Darin bestand seinerzeit die einigende Kraft der französischen Revolution. Damit hält heute die Union der Sowjetrepubliken ihre einzelnen, mit dem vollkommensten kulturellen Selbstbestimmungsrecht ausgestatteten Glieder zusammen. In einer inneren Gleichrichtung sieht auch das faschistische Italien die einzige Möglichkeit für eine künftige gegenseitige Annäherung der europäischen Staaten. Man wird die Bedeutung nicht übersehen dürfen, die der sozialistisch geschulten Arbeiterschaft einmal in dieser Hinsicht zukommt. Sobald deren „Internationalität“ sich als Übernationalität innerhalb des Kreises der europäischen Staaten in dem Sinne auswirkt, daß für die Bildung des Staatswillens nicht nur die Nationalität, sondern der Wille zu gleichartiger politischer Gestaltung mitbestimmend ist, dann können dadurch Brücken geschlagen werden, die den Gedanken eines allmählich werdenden europäischen Staatenbundes doch nicht nur als leeres Hirngespinnst erscheinen lassen. Wir erleben es ja wieder am kleinen Beispiel in der Schweiz, wie z. B. in der westlichen Schweiz einzig die Sozialdemokratie genügend politischen Willen besitzt, um unbekümmert um die Minderheitsstellung der eigenen Nationalität dem Bundesstaat neue Befugnisse zuzubilligen.

Allerdings, Zukunftsmusik bleiben vorerst alle derartigen Pläne. Wenn aber all den — bald mehr, bald weniger ehrlichen — Bemühungen der letzten zehn Jahre, wenn überhaupt dem ganzen Geschehen seit 1914 in Europa ein Sinn innegewohnt haben soll, dann muß dieser Sinn auch irgendwie und irgendwann einmal greifbare Gestalt annehmen können. Wir haben diesen Sinn nie im Völkerbund von Versailles zu erblicken vermocht. Wir vermögen ihn heute weniger als je in ihm zu erblicken. Im besten Fall kann der Völkerbund als Übergang zu etwas Besserem erscheinen. Aufbauende, gestaltende Arbeit ist ihm nie gelungen. Auch auf seiner zehnten Versammlung nicht. Dafür hat diese mit seltener Deutlichkeit gezeigt, wo Europa und seine Völker heute stehen und welches unsere künftige Aufgabe, unser künftiges Ziel sein muß.

U r a u, den 21. September 1929.

H a n s D e h l e r.

Zur politischen Lage.

Haager Konferenz und Rheinlandräumung.

Die Auseinandersetzungen im Haag sind in einer Weise hartnäckig und langwierig gewesen wie keine andern internationalen Verhandlungen der letzten Jahre. Die Lage am Verhandlungstisch änderte von Tag zu Tag in geradezu dramatischer Weise. Man denke nur daran, daß noch am letzten Tag vor der endgültigen Einigung unsere Blätter über die Berichte aus der holländischen Hauptstadt Überschriften setzten wie: „Die Haager Konferenz endgültig gescheitert!“ In diesem heftigen Aufeinanderprallen der Meinungen kam eben die Tatsache zum Ausdruck, daß nun ein gewisser Schlußstrich unter wesentliche Teile der Nachkriegsentwicklung gezogen wurde.

Das Feld der Verhandlungen beherrschte diesmal England, nachdem so oft die französische Staatskunst die Führung behauptet hatte. Die neue Labourregierung in England bewies hier zum ersten Male ihrem Lande, daß auch sie englische Interessen vollkommen zu wahren versteht. Es war diesmal ein wesentlicher Unterschied gegenüber den Jahren, wo Chamberlain als britischer

Außenminister an den internationalen Auseinandersetzungen teilnahm. Die Engländer ließen es diesmal auf einen Streit mit den Franzosen ankommen. Sie ließen sich von ihrem Ziel durch die steigende Enttäuschung und Erbitterung in Frankreich durchaus nicht abbringen. Sie führten eine Sprache, wie man sie in der Deutlichkeit schon lange an keinem internationalen Verhandlungstisch mehr gehört hatte. Der Erfolg gab diesem Vorgehen recht. England hat seine finanziellen Interessen gewahrt. Es hat mehr erreicht, als wohl irgend jemand zu Beginn der Verhandlungen geglaubt hat. Das ist ein greifbarer Erfolg der Regierung Mac Donalds. Bei der gespannten Lage dieser bloß durch eine Minderheit gestützten Regierung hat das natürlich erhebliche Bedeutung. Der Ausgang der Haager Verhandlungen hat die Stellung Mac Donalds sicher gefestigt. Freilich kann man ja sagen, daß eine Arbeiter-Regierung leichter energisch nach außen auftreten kann als ein konservatives Kabinett. Wenn eine energische Haltung eingenommen wird, so kann sie eben auf die ganze Nation als Rückhalt rechnen, während die Konservativen immer mit einer Opposition von links her belastet waren. Aber trotzdem wird man in England das Auftreten Snowdens im Haag nicht so leicht vergessen.

Über diesem englischen Erfolg ist nun allerdings die schon sehr wackelige englisch-französische Freundschaft noch wackeliger geworden. Die Stimmung in Frankreich ist heute den Engländern gegenüber bitter böse. Davon konnte man sich auch in Genf bei der Völkerbundsversammlung ein Bild machen, wo sich Engländer und Franzosen sorgsam aus dem Wege gingen. Dieser Riß wird nicht so leicht wieder überklebt werden können. Allzu viel Enttäuschungen sind ja bereits vorausgegangen, allzu bitter hat man in Frankreich das Auftreten Englands im Haag empfunden. So muß man damit rechnen, daß vorläufig Frankreich und England ihre eigenen und zwar getrennten Wege gehen werden. In dieser Tatsache liegt ein Teil der Bedeutung der Haager Konferenz.

Bedeutsam ist weiter das Zustandekommen einer Einigung über die finanziellen Verpflichtungen Deutschlands aus dem Friedensvertrag. In Versailles hat man sich darauf beschränkt, Deutschland zu zwingen, eine unendliche Zahl von Forderungen anzuerkennen. Nach ein paar Jahren hat der Dawesplan ein gut Teil von diesen Forderungen beschnitten und eine vorläufige Regelung der deutschen Zahlungen gebracht. Wieder nach ein paar Jahren ist der Youngplan gekommen und hat nun die Forderungen an Deutschland fest begrenzt und das Zahlungsverfahren von neuem geregelt. Dieses neue Übereinkommen, das diesmal kein bloßes Diktat ist, wird nun als endgültig bezeichnet. Daß dadurch die finanziellen Leistungen Deutschlands für ein paar Jahre festgelegt werden, das ist ohne weiteres anzunehmen. Ob aber die ganzen langen Jahrzehnte hindurch wirklich die Zahlungen in dem vorgesehenen Maßstabe erfolgen werden, das steht noch durchaus nicht fest. Im ganzen genommen wird man das finanzielle Ergebnis der Haager Verhandlungen auf jeden Fall als einen Schritt zur Beruhigung Europas und zur Schaffung stabiler Zustände bezeichnen müssen.

Dasselbe gilt ebenso sehr, wenn nicht in noch höherem Maße von dem politischen Ergebnis der Haager Verhandlungen. Frankreich und Belgien haben die Räumung des Rheinlandes innert Jahresfrist zugestehen müssen. Damit wird in absehbarer Zeit eine Quelle steter Beunruhigung aus dem Wege geräumt. Man erinnere sich doch daran, was die Rheinlandbesetzung im vergangenen Jahrzehnt alles bedeutet hat. Man denke daran, wie oft diese Besetzung den europäischen Frieden in höchste Gefahr gebracht hat. Noch in den letzten Monaten kam es alle Augenblicke zu neuen Zwischenfällen zwischen Besatzungstruppen und Bevölkerung. Daraus entstanden immer neue Verstimmungen. Daß damit Schluß gemacht wird, endgültig Schluß, das ist sicher eine Erleichterung fühlbarer Art für ganz Europa.

* * *

Mit Freude hat man die Rheinlandräumung in Frankreich nicht aufgenommen. Das ist auch durchaus begreiflich. Die jetzige Räumung des Rheinlandes bedeutet ja nichts anderes als den Verzicht auf die ganze seit 1918 getriebene Rheinlandpolitik. Man begreift da, daß Poincaré dieses Geschäft und

die Verantwortlichkeit dafür gern Briand überlassen hat. Niemand liquidiert sich eben selber gern!

In Versailles ging seinerzeit der erbitterte Kampf der französischen Militärpartei und der französischen Nationalisten um den völligen Gewinn der Rheinlande. Am Widerstand der Amerikaner und Engländer sind diese Bestrebungen gescheitert. Man mußte sich damit begnügen, Elsaß-Lothringen zurückzugewinnen und für Belgien Eupen-Malmédy herauszuholen. Außerdem verstanden es die Franzosen, durch die Schaffung des Saargebiets unter der Völkerbundsverwaltung und durch die Rheinlandbesetzung sich dennoch die Möglichkeit zum Ausbau des Sieges nach dem alten Ziel französischer Eroberungspolitik hin offen zu halten. Mit größter Zähigkeit, mit allen Mitteln steuerte man dann auf dieses Ziel los. Besatzungsbehörden und Militärs im Rheinland wetteiferten miteinander darin, das linke Rheinufer annexionsbereit zu machen. Das war die Zeit des rheinischen Separatismus, der verschiedenen rheinischen Republiken von Frankreichs Gnaden. Schließlich faßte Poincaré die ganze Kraft Frankreichs zusammen, um alle diese Bestrebungen zu einem Erfolg zu führen. Weit über das linke Rheinufer hinaus gingen nun seine Pläne genau wie zu den Zeiten der ersten Republik und des I. Napoleon. Im Ruhrkrieg erlebte die französische Rheinpolitik ihren Höhepunkt. Der Enderfolg blieb jedoch aus und seither wird die französische Stellung am Rhein Stück um Stück abgetragen. Längst hat die Rheinlandbesetzung ihre Bedeutung für die Durchsetzung des Rheingebiets mit französischer Art verloren. Längst ist die französische Kulturpropaganda abgebaut. Kein Mensch spricht mehr vom Separatismus, dessen letzte Führer in Frankreich in völliger Vergessenheit ihr Leben fristen. Noch aber bestand die militärische Besetzung und damit die Möglichkeit, doch noch einmal auf die alten Ziele und Methoden zurückzukommen, wenn sich eine günstige Gelegenheit bieten sollte. Nun geht es damit auch zu Ende!

Weite Kreise in Frankreich sehen diese Entwicklung nur mit größtem Bedauern. Sie prophezeien, daß nun unverweilt der Abbau der Früchte des Sieges im Osten, der Anschluß Österreichs, die ganze Durchlöcherung des Versailler-Vertrages folgen würden. Daß der Lärm in dieser Richtung aber nicht größer wurde, das ist ein Beweis dafür, daß die Überzeugung in Frankreich doch sehr weit verbreitet ist, daß die Rheinpolitik erledigt ist und daß es sich nur noch darum handeln kann, sie auf anständige Weise und mit möglichst viel Vorteil zu liquidieren. Briand hat nun das im Haag besorgt. Er hat aus der Rheinlandräumung möglichst viele finanzielle Vorteile herauszuschlagen versucht. Er hat dabei aber den widerstrebenden Kräften doch noch so weit Rechnung getragen, daß er die Räumung erst im Verlaufe eines ganzen Jahres vorzunehmen versprach. So kann man in Paris immer noch hoffen, einen gewissen Druck ausüben zu können und vielleicht noch das Eine oder Andere zu ergattern. Das ändert aber am Zusammenbruch der französischen Rheinpolitik nichts mehr!

Im Gegenteil, es wird nun zu Verhandlungen über den Abbau eines weitem Stückes französischer Siegeserrungenschaften kommen. In nächster Zeit schon werden die deutsch-französischen Besprechungen über das Saargebiet beginnen. Auch dort hat die französische Politik einen völligen Mißerfolg erlitten. Man hoffte seinerzeit, das durch seine Bergwerke wertvolle Gebiet in den 15 Jahren Völkerbundsverwaltung reif zur Einverleibung in Frankreich zu machen. Diese Hoffnung hat man in Paris wohl schon längst begraben. Man gibt sich über die Gefühle der Bevölkerung keiner Täuschung hin. In diesem Falle aber verliert die vorgesehene Abstimmung über das endgültige Schicksal des Saargebiets natürlich vom französischen Standpunkt aus gesehen ihren Reiz. Man hat sich deshalb entschlossen, in unmittelbaren Verhandlungen mit Deutschland aus der vorhandenen französischen Wirtschaftsstellung im Saargebiet möglichst viel herauszuholen, möglichst viel davon für die Zukunft zu sichern. Noch ist zwar vom französischen Nationalismus in allerjüngster Zeit der Vorschlag gemacht worden, das Saargebiet dauernd unter Völkerbundsverwaltung zu belassen. Selbstverständlich hat Herr Muret in der „Gazette de Lausanne“ diesen wunderbaren Gedanken eifrig empfohlen. Trotzdem aber wird man sich in Paris über die Aussichten einer solchen Lösung keinen Täuschungen hingeben. Jeder

Versuch in dieser Richtung ist von vornherein zum Mißlingen verurteilt. Deshalb kann man auch erwarten, daß die Verhandlungen über das Saargebiet zu einem greifbaren Ergebnis führen werden, wenn auch vielleicht nicht beim ersten Anlauf und sicher erst nach heftigem Hin und Her. Die Franzosen haben ja allen Anlaß, rasch vorwärts zu machen, da ihre Stellung im Saargebiet mit der fortschreitenden Zeit doch immer weniger wert wird.

Es bleibt dann noch Eupen-Malmédy, wo die Franzosen vor zwei Jahren eine vernünftige Lösung hintertrieben haben. Seither haben die Belgier an ihrer Kriegsbeute jedoch gerade so wenig Freude erlebt wie früher. Eupen-Malmédy zeigt sich fortwährend als ein durchaus unverdaulicher Bissen. Mit der Zeit wird diese Tatsache in Belgien allgemein anerkannt werden. Dann wird der Augenblick gekommen sein, auch die belgische Eroberungspolitik endgültig zu liquidieren. Das kann ja freilich noch längere Zeit dauern, aber Bestand wird der heutige Zustand auf keinen Fall haben.

Frankreich bleibt von seinen Gewinnen an der Ostgrenze nur noch Elsaß-Lothringen übrig. Aber auch darüber wird man in Paris keine rechte Freude empfinden. Man hat sich eben mit Elsaß-Lothringen doch einen Fremdkörper aufgeladen, der sich nicht in den französischen Staat einfügt und so immer neue Schwierigkeiten bereitet. Damit ist von der Siegesbeute von 1918 an diesem Punkte doch eigentlich verzweifelt wenig übrig geblieben.

U r a u, den 18. September 1929.

S e k t o r A m m a n n.

Kultur- und Zeitfragen

Stunden im Elsaß.

Straßburg erweist sich auf dem Plan in seinem Kerne heute noch als wallumzingelte Stadtburg, deren Leben auf maßvollen Plätzen sich sammelt, in handelseifrigen Straßen zum Fluß niederströmt und wieder zum Münster zurückdrängt, das gleich einer blauen Wunderblume in der Fernsicht erscheint, die Nähe aber groß und überwältigend wie das Ewige bestimmt. Der Zusammenklang der baulichen und sprachlichen Laute ergibt die eigenartige Melodie, welche vernehmbar oder nicht, das Ganze trägt. Aber sie legt sich das Schwirren und Klingen der französischen Note, die vorerst dem Außern des Alltags eine gewisse Elegance verleiht, die aber jeden Augenblick in einen jähen Zwiespalt aufzubrechen droht, wo tiefer zu schürfen versucht wird. In den kurzen Stunden unseres Aufenthaltes wird es uns nicht möglich, die Lebensstimmung zu erfühlen und wir versuchen daher, die seelische Lage des Elsaßes aus dem Baulichen zu ergründen. Der Stilcharakter ist nordisch, willkürlich in Ausmaß, Wuchs und Formung, selbstherrlich und einprägsam. Die mittelalterlichen Wohnbauten werden durch diejenigen des 18. Jahrhunderts stark zurückgedrängt. Das Kammerzellische Haus beim Münster zeichnet sich bei knapp überragenden Stockwerken durch den sprudelnden Reichtum seines Zierats aus, der die blinkenden Reihen der Fenster umspielt. Darüber schwingt sich in eingezogener Kurve das Dach empor, an welchem stockwerkweise die Lukarnen aufsteigen. Andere, einfachere mittelalterliche Bürgerhäuser sind mit mehr Fach- als Schnitzwerk geschmückt. Die schwingende Energie des Dachanstiegs wurde in spätern Jahrhunderten mit Selbstverständlichkeit fortgeführt, bis die bauliche Haltlosigkeit des 19. Jahrhunderts ihre fleckigen Mischlinge wie Schmaroker zwischen den Edelwuchs älterer Architektur preßte. Stille Höfchen mit freundlichen Holzbalustraden gemahnen an Nürnberg. Der Drang nach Licht, nach Höhe bleibt eindeutig nordisch. Auch mittelfranzösische Städte wie Tours, Angers besitzen schmale hohe Fachwerkgiebelhäuser, doch französisch gemäpigt,